

Der Bundesvoranschlag 1948

Der vorliegende Aufsatz beschränkt sich auf eine rein beschreibende Darstellung des Budgets, ohne auf die Probleme des Staatshaushaltes näher einzugehen. Die Bedeutung des Staatshaushaltes und der Steuerpolitik für die Gesamtwirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der durch das Währungsschutzgesetz geschaffenen neuen Lage, wird in einem späteren Aufsatz behandelt.

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1948 folgt im wesentlichen der Gliederung des Voranschlages für das Jahr 1947. Der ordentliche Haushalt weist bei Ausgaben von 5.293,3 Mill. S und Einnahmen von 5.294,4 Mill. S einen Überschuß von 1,1 Mill. S aus, während die außerordentlichen Aufwendungen und Investitionen mit 598,5 Mill. S veranschlagt sind. Das Gesamtdefizit beträgt demnach 597,3 Mill. S oder 10,1 % der Gesamtausgaben. Ebenso wie im Jahre 1947 fehlen im Budget die Ausgaben für Besatzungskosten und Ausländerbetreuung.

Der Bundesvoranschlag 1948

	Laufende Ein- nahmen	Gebarung Aus- gaben	A.o. Auf- wendung u. Investi- tionen	Gesamtge- barungser- folg
	in Millionen S			
Hoheitsverwaltung	3.225,7	3.289,1	124,8	- 61,4
Monopole	94,2	166,3	5,4	+ 66,7
Bundesbetriebe	696,5	647,7	78,3	- 127,1
Eisenbahnen	1.276,9	1.161,4	390,0	- 505,5
Reingewinn der österr. Tabakregie				+ 30,0
Summe	5.293,3	5.294,4	598,5	- 597,3

Bei einem Vergleich mit den Vorjahren ist zu berücksichtigen, daß im Budget für 1948 eine Reihe einmaliger nachkriegsbedingter Aufwendungen, die früher im außerordentlichen Haushalt aufschienen, nunmehr als einmalige Ausgaben in den ordentlichen Haushalt übernommen wurden, da das günstige Ergebnis der laufenden Gebarung eine Deckung dieser Ausgaben durch laufende Einnahmen ermöglicht. Außerdem müssen aus dem Voranschlag des Jahres 1946 die Aufwendungen für Besatzungskosten und Ausländerbetreuung ausgeschieden werden, da diese in den nachfolgenden Voranschlägen nicht mehr enthalten sind.

Auffallend ist zunächst die bedeutende Erhöhung sowohl der Ausgaben als auch der Einnahmen gegenüber dem Voranschlag des Jahres 1947. Diese Erhöhung ist ausschließlich auf die seit Herbst 1946 eingetretenen Preis- und Lohn-erhöhungen zurückzuführen und spiegelt keine Erweiterung der realen Ausgaben des Staates wider¹⁾.

¹⁾ Die geringfügige Erhöhung der Ansätze zwischen dem Voranschlag 1946 und 1947 beruht darauf, daß der Zeitraum zwischen der Erstellung der beiden Voranschläge nur wenige Monate beträgt (von März bis Oktober 1946) und sich daher die Preisbasis nur wenig verändert hatte.

Entwicklung des Staatshaushaltes 1946—1948

	Voranschlag 1946	Abschluß 1946	Voranschlag 1947	Voranschlag 1948
	in Mill. S			
Ausgaben				
Personalaufwand	1.208,7	1.263,3	1.312,9	2.455,8
Sachaufwand	1.317,3	1.202,7	1.674,2	2.682,0 ²⁾
Laufende Aus- gaben	2.526,0	2.465,9	2.987,1	5.137,8 ²⁾
a. o. Aufwand u. Investitionen	278,2 ¹⁾	303,4 ¹⁾	527,8	753,9 ³⁾
Gesamtausgaben	2.804,2	2.769,3	3.514,9	5.891,7
Einnahmen	2.530,2	2.693,6	2.987,4	5.294,4
Überschuß der lau- fenden Gebarung	4,2	227,7	0,3	156,6
Gesamtdefizit	274,0	75,7	527,5	597,3
Gesamtdefizit in % der Gesamt- ausgaben	9,8	2,7	15,0	10,1

¹⁾ Ohne Ausgaben für Besatzungskosten und Ausländerfürsorge.

²⁾ Ohne einmalige Aufwendungen.

³⁾ Einschließlich einmaliger Aufwendungen.

Es ist im Gegenteil eine Verminderung des realen Sachaufwandes vorgesehen. Dies geht daraus hervor, daß die Erhöhung des Personalaufwandes von 1947 auf 1948 (87,1 %) größer ist als die des laufenden Sachaufwandes (60,2 %) und der außerordentlichen Aufwendungen und Investitionen (42,8 %), obwohl die Beamtgehälter hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückblieben und der Personalstand etwas vermindert wurde. Durch die vorgesehenen Einschränkungen ist das finanzielle Ergebnis günstiger als im Voranschlag 1947. So übersteigen die ordentlichen Einnahmen die laufenden Ausgaben (ohne einmalige Ausgaben) um 156,6 Mill. S, während 1947 nur ein Überschuß von 0,3 Mill. S veranschlagt wurde. Da auch die außerordentlichen Aufwendungen (einschließlich der einmaligen Ausgaben) nur um 226,1 Mill. S (42,8 %) höher veranschlagt wurden, ermäßigt sich das Gesamtdefizit von 15 % der Gesamtausgaben im Voranschlag 1947 auf 10,1 % im Voranschlag 1948.

Das im Vergleich zum Voranschlag 1947 geringere Budgetdefizit des Jahres 1948 beruht allerdings nicht so sehr auf der Erwartung einer wesentlichen Besserung der Wirtschaftslage im Jahre 1948 und tatsächlichen Ausgabeneinsparungen, sondern ist, wie die bereits vorliegenden Gebarungsergebnisse des ersten Halbjahres 1947 zeigen, vor allem darauf zurückzuführen, daß im Voranschlag 1947 die Einnahmen etwas zu tief veranschlagt und außerdem Investitionen vorgesehen waren, die in-

folge Materialmangels nicht verwirklicht werden konnten.

Die Gebarungsergebnisse des ersten Halbjahres 1947 sind ebenso wie im Jahre 1946 wesentlich günstiger als der Voranschlag. So belaufen sich die laufenden Ausgaben im ersten Halbjahr 1947 auf 1.468 Mill. S (halbierter Jahresvoranschlag 1.494 Mill. S) und die Einnahmen auf 1.693 Mill. S (1.493,7 Mill. S), so daß sich ein Überschuß in der laufenden Gebarung von 225 Mill. S (0,15 Mill. S) ergibt. Da die außerordentlichen Aufwendungen (ohne Besatzungskosten und Ausländerfürsorge) nur 158 Mill. S (293,9 Mill. S) betragen, war das Budget im ersten Halbjahr 1947 sogar mit 67 Mill. S oder 4,1% der Gesamtausgaben aktiv, während der Voranschlag ein Defizit von 15% auswies.

In den Voranschlägen für 1947 und 1948 ist keine Vorsorge für die Bestreitung der Besatzungskosten sowie die Ausländerfürsorge getroffen, da deren Höhe im voraus nicht bestimmt werden kann. Die Aufwendungen hiefür betragen im Jahre 1946 924,7 Mill. S und im ersten Halbjahr 1947 173 Mill. S. Das Gesamtdefizit erhöht sich dadurch für 1946 auf rund 1 Mrd. S, während sich im ersten Halbjahr 1947 der Budgetüberschuß in ein Defizit

von 146 Mill. S verwandelte. Die Bezahlung von Besatzungskosten im Jahre 1948 hängt vor allem vom Abschluß des Staatsvertrages ab, während die Ausgaben für die Displaced Persons durch die Tätigkeit der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) zumindest stark vermindert werden könnten.

Die Staatsausgaben

Ein bedeutender Teil der Gesamtausgaben (rund 44%) entfällt auf Aufwendungen der *erwerbswirtschaftlichen Betriebe*, die damit bereits jetzt einen bedeutenden Anteil an den Gesamtleistungen des Staates haben. Mit der endgültigen Einbeziehung der zur Verstaatlichung vorgesehenen Betriebe wird sich das Schwergewicht des staatlichen Aufgabenbereiches eindeutig zu Gunsten der erwerbswirtschaftlichen Leistungen verlagern.

Von den *Verwaltungsausgaben* entfällt heute ein wesentlich größerer Teil als vor dem Kriege auf Einkommensübertragungen in Form von Pensionen, Renten, Zinsen und Subventionen für wirtschaftliche Zwecke. Vor allem die sozialen Aufwendungen sind durch die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene stark angewachsen und erreichen mit über 1 Mrd. S 32% der gesamten Verwaltungsausgaben. Durch diese Einkommensübertragungen wird die Verteilung des Volkseinkommens maßgeblich zugunsten der sozial bedürftigen Bevölkerungsschichten verschoben, ohne daß der Staat selbst wirtschaftliche Leistungen beansprucht.

Demgegenüber sind die Ausgaben für die eigentlichen Regierungsaufgaben (Aufwendungen für die Organe der Bundesgesetzgebung, das Bundeskanzleramt, die Justiz, das Innen- und Außenministerium) mit 447,5 Mill. S oder 14% der Verwaltungsausgaben nur sehr gering.

Die staatlichen Verwaltungsausgaben geben nach Ausschaltung der Einkommensübertragungen ein Bild, welcher Teil des Volkseinkommens vom Staat für seine Zwecke beansprucht wird. Das Verhältnis zwischen staatlichem Konsum bzw. staatlicher Kapitalbildung und privatem Konsum und Kapitalbildung ist gerade in der gegenwärtigen Mangellage von besonderer Bedeutung, da jede zusätzlich vom Staat beanspruchte wirtschaftliche Leistung entweder den ohnehin knappen Konsum der Bevölkerung schmälert oder die private Kapitalbildung beschränkt. Es muß daher, insbesondere bei Mangelwaren, in jedem Einzelfall über die gesamtwirtschaftlich optimale Aufteilung zwischen staatlichem und privatem Bedarf entschieden werden. Allerdings ist es schwierig, objektive Kriterien dafür zu finden, ob etwa die Aus-

Die Staatsausgaben im Voranschlag 1948

A. Verwaltungsausgaben:

Unmittelbare Regierungs-	Mill. S	Prozent	
ausgaben ¹⁾	447,5	13,5	
Unterricht und Kunst	356,4	10,8	
Finanzausgleich	216,5	6,5	
Staatsschuld ²⁾	168,2	5,1	
Pensionen	305,2	9,2	
Soziale Ausgaben ³⁾	1.063,5	32,1	
Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke ⁴⁾	417,4	12,6	
Finanzverwaltung	212,1	6,4	
Ausbau und Verwaltung der Bundesgebäude	125,8	3,8	
Summe	3.312,6	100,0	56,2

B. Ausgaben der Betriebe:

Laufende Ausgaben ⁵⁾	2.105,5	81,6	
Investitionen	473,6	18,4	
Summe	2.579,1	100,0	43,8
Gesamtausgaben	5.891,7	100,0	

¹⁾ Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei, Organe der Bundesgesetzgebung, Gerichte des öffentlichen Rechtes, Rechnungshof, Bundeskanzleramt, Äußeres, Inneres, Justiz.

²⁾ Einschließlich der Verzinsung der Bundesschatzscheine.

³⁾ Einschließlich Übergangsmaßnahmen.

⁴⁾ Land- und Forstwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie, Ernährungswirtschaft, Energiewirtschaft, Verkehr, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.

⁵⁾ Einschließlich Postsparkassenamt.

rüstung der Gendarmerie mit Uniformen wichtiger ist als eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidungsgegenständen, oder ob der Wiederaufbau eines Ministeriums dem Bau privater Wohnhäuser vorzuziehen ist. Die Ausgaben des Staates für Verwaltungszwecke (ohne erwerbswirtschaftliche Betriebe) betragen im Jahre 1937 nach Ausschaltung der Einkommensübertragungen¹⁾ rund 717 Mill. S oder 12% des Volkseinkommens. Für die Gegenwart liegt keine Schätzung des Volkseinkommens vor, so daß nur an Hand einiger typischer Anzeichen auf die Veränderung zwischen Volkseinkommen und Staatsausgaben gegenüber der Vorkriegszeit geschlossen werden kann. Die Zahl der vom Staat in der Hoheitsverwaltung Beschäftigten ist von 1938 bis zum Voranschlag 1948 um rund 61.000 Personen und die der Beschäftigten der erwerbswirtschaftlichen Betriebe um rund 28.500 gestiegen.

Zahl der aktiven Staatsbediensteten²⁾

	Voranschlag			
	1938	1946	1947	1948
	in 1000			
Hoheitsverwaltung	637	1345	1112	1250
Monopole und Bundesbetriebe	381	640	526	500
Eisenbahnen	644	932	848	810
Insgesamt	1663	2917	2486	2470

¹⁾ Beamte und Arbeiter.

Allerdings ist bei einem Vergleich der Beschäftigtenzahl mit der Vorkriegszeit zu berücksichtigen, daß im Jahre 1938 die Haupt- und Volksschullehrer ebenso wie die Angestellten der Postsparkasse nicht im Staatshaushalt aufgenommen waren, während andererseits die damals im Stand geführten Bediensteten des Tabakmonopols und des Schieß- und Sprengmittelmonopols heute nicht im Budget aufscheinen. Auf den gleichen Beschäftigtenkreis wie im Jahre 1948 bezogen, erhöht sich der Beschäftigtenstand im Jahre 1938 in der Hoheitsverwaltung auf rund 87.000 Personen und die Gesamtzahl der Staatsbediensteten auf rund 184.000. Die Zunahme bis zum Voranschlag 1948 beträgt daher insgesamt nur rund 63.000 Personen oder 34%. Da gleichzeitig auch die Zahl der Beschäftigten im Gewerbe und in der Landwirtschaft bedeutend gestiegen ist, hat sich, entgegen der vielfach vertretenen Ansicht, das Verhältnis zwischen Staatsbediensteten und Beschäftigten der Privatwirtschaft nicht zu Ungunsten der Privatwirtschaft verschoben.

¹⁾ Verwaltungsausgaben abzüglich Pensionen, Finanzausgleich, Schuldendienst, soziale Ausgaben in Form von Barleistungen und wirtschaftliche Subventionen.

Entwicklung des Beschäftigtenstandes

	Ø 1946	1. Halbjahr 1947	
	Ø 1937 = 100	1946 ²⁾	1947 ²⁾
A. Privatwirtschaft¹⁾			
Landwirtschaft	95	94	
Gewerbe	137	153	
Insgesamt	127	139	
	Ø 1938 = 100 ³⁾	1946 ²⁾	1948 ²⁾
B. Staat			
Hoheitsverwaltung	154	127	143
Monopole und Betriebe	199	164	155
Eisenbahnen	145	132	126
Insgesamt	158	135	134

¹⁾ Zahl der Krankenversicherten.

²⁾ Voranschlag.

³⁾ Basis 1938, korrigiert entsprechend dem gegenwärtigen Kreis der Beschäftigten.

Zweifellos ist der Beamtenapparat in vielen Fällen noch überdimensioniert und steht in einem Mißverhältnis zur Leistung. Die geringe Produktivität der menschlichen Arbeit ist jedoch ein allgemeines Kennzeichen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die sich nicht allein auf den Staat beschränkt. So läßt sich bei einigen erwerbswirtschaftlichen Betrieben des Staates, bei denen die Leistung unmittelbar meßbar ist, wie z. B. bei den Eisenbahnen, feststellen, daß das Verhältnis zwischen Leistung und Beschäftigtenstand günstiger ist als im Durchschnitt der Privatwirtschaft. Die Freisetzung von Beamten im Zuge einer Verwaltungsreform würde überdies das Arbeitskräfteproblem der gewerblichen Wirtschaft nicht lösen, da es in erster Linie an Arbeitern mangelt. Die Entlassung von Beamten würde nur die Zahl der arbeitslosen Angestellten, die bereits jetzt 10.000 erreicht hat, vermehren.

Der Sachaufwand der Hoheitsverwaltung ist für das Jahr 1948, nach Ausschaltung der Einkommensübertragungen, mit rund 546 Mill. S nur geringfügig höher veranschlagt als im Jahre 1937 (408 Mill. S). Allerdings entfielen vom Sachaufwand im Jahre 1937 mehr als die Hälfte (242 Mill. S) auf Ausgaben für die Landesverteidigung. Scheidet man im Jahre 1937 die Ausgaben für die Landesverteidigung aus, die etwa mit den Ausgaben für die Besatzungstruppen vergleichbar sind, so hat sich der Sachaufwand nominell um 230% und real (dem Voranschlag wurde das doppelte Preisniveau von 1937 zugrunde gelegt) um 65% erhöht. Diese bedeutende Erhöhung des realen Sachaufwands ist vor allem auf einmalige und außerordentliche Ausgaben zur Behebung von Kriegsschäden und zur Wiedererrichtung eines funktionsfähigen Staatsapparates zurückzuführen. Der Vergleich ist nicht ganz zutreffend, da im

Sachaufwand auch Arbeiterlöhne enthalten sind. Da jedoch das Produktionsvolumen bei weitem noch nicht das Niveau von 1937 erreicht hat, kann auch aus diesen groben Schätzungen eindeutig entnommen werden, daß der durch die Staatskasse fließende Teil des Volkseinkommens heute zweifellos größer ist als im Jahre 1937¹⁾.

Die Staatseinnahmen

Die vom Staat eingehobenen öffentlichen Abgaben sind im Bundesvoranschlag 1948 mit 3.557,1 Mill. S fast doppelt so hoch wie im Jahre 1947 veranschlagt. Trotz relativ hoher Überweisungen an die Länder und Gemeinden (825,9 Mill. S) decken die dem Bund verbleibenden öffentlichen Abgaben 51,6% der Gesamteinnahmen und sind damit die wichtigste Finanzierungsquelle des Staatshaushaltes.

Die Staatseinnahmen im Voranschlag 1948

	Mill. S	%
Öffentliche Abgaben ¹⁾	2.731,2	51,59
Sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung ²⁾	515,8	9,74
Einnahmen der Betriebe ³⁾	2.047,4	38,67
Gesamteinnahmen	5.294,4	100,00

¹⁾ Gesamtertrag der öffentlichen Abgaben 3.557,1 Mill. S, abzüglich Überweisungen an Länder und Gemeinden 825,9 Mill. S.

²⁾ Ohne Einnahmen der Postsparkassa.

³⁾ Einschließlich der Einnahmen der Postsparkassa und des Reingewinns der Österreichischen Tabakwerke.

Das hohe Steueraufkommen kann nur dadurch erreicht werden, daß das im Krieg eingeführte Steuersystem im wesentlichen — mit kleinen Änderungen — beibehalten wurde und außerdem neue, vor allem indirekte Steuern zusätzlich eingeführt wurden. Die Steuerbelastung des Volkseinkommens,

⁴⁾ Daß der Staat, insbesondere bei Mangelwaren, einen erheblichen Teil der Gesamtproduktion in Anspruch nimmt, zeigen die Verteilungsquoten der Bewirtschaftung. So werden z. B. von bewirtschafteten Baustoffen 20% und von Textilien 40% für den öffentlichen Bedarf abgezweigt.

die im Jahre 1937 rund 20% betrug, ist daher gegenwärtig bedeutend höher als vor dem Kriege.

Das gegenwärtige Steuersystem unterscheidet sich von dem der Vorkriegszeit vor allem dadurch, daß der Anteil der direkten Steuern höher und ihre Progression schärfer ist als im Jahre 1937.

Steuereinnahmen

	Abschluß 1937	Abschluß 1946 in Prozent	Voranschlag 1948
Direkte Steuern	29,2	49,0	38,9
Umsatzsteuer und Zölle	42,4	12,8	20,0
Verbrauchssteuern	16,9	33,6	35,4
Verkehrssteuern und Gebühren	11,5	4,6	5,7
Summe	100,0	100,0	100,0
ab Überweisungen an Länder und Gemeinden	18,6	5,4	23,2
Verbleibende Bundes- einnahmen	81,4	94,6	76,8

Besonders hoch war der Anteil der direkten Steuern am Gesamtsteueraufkommen im Jahre 1946 mit 50%. Durch die seither eingetretenen Steuererleichterungen (vor allem die Aufhebung der früheren Steuergruppe I) sowie durch die größere Elastizität der indirekten Steuern gegenüber Preiserhöhungen sank der Anteil der direkten Steuern im Voranschlag 1948 auf 38,9%, ist aber noch immer größer als im Jahre 1937 (29,2%). Durch die Progression der Lohnsteuer und der Einkommensteuer, die sowohl nach der Einkommenshöhe als auch nach dem Familienstande gestaffelt ist, werden die Einkommen pro Kopf ziemlich stark nivelliert.

Die einkommennivellierende Wirkung der direkten Steuern wird zum Teil durch die indirekten Steuern kompensiert, die überwiegend regressiv sind, d. h. die höheren Einkommen weniger belasten als die unteren und mittleren Einkommen.

Die theoretische Verteilung der Steuerlast auf die einzelnen Einkommensstufen weicht allerdings zur Zeit wesentlich von der tatsächlichen Verteilung ab, da sich ein erheblicher Teil der Einkommen und Umsätze der Besteuerung entzieht.

Die wirtschaftliche Lage Tirols

Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Tirols kamen zwei Umstände zugute: Das Land hatte unter den Kriegsschäden und den Folgen der Besetzung weit weniger zu leiden als Wien und Niederösterreich, so daß die Wiederinstandsetzungsarbeiten relativ nur geringe zusätzliche Produktivkräfte in Anspruch nahmen. Außerdem standen dem Lande lange Zeit nicht unbedeutende Waren- und Pro-

duktionsmittelvorräte zur Verfügung, die während des Krieges aus Sicherheitsgründen nach Tirol verlagert worden waren. Produktion und Verkehr konnten binnen kurzer Zeit in fast friedensmäßigem Umfang wieder in Gang gesetzt werden, da an elektrischem Strom kein Mangel herrschte und die Bahnen voll elektrifiziert sind.

Die nach Tirol verlagerten Produktionsanlagen